



Niederschrift

| | | | |
|---|---------------------------|-----------------------|---------------------|
| Gremium | | | |
| Bau-, Planungs- und Umweltausschuss | | | 10. Sitzung |
| Sitzungsort | | | Sitzungstag |
| Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide | | | 10.02.2011 |
| Datum der Einladung | Einladungsnachtrag | Sitzungsbeginn | Sitzungsende |
| 27.01.2011 | | 16:00 Uhr | 20:00 Uhr |

Anwesend sind:

Ratsmitglieder CDU

Hettich, Michael

CDU

Hüttenmeister, Monika

CDU

Vertretung für Herrn
Peter Sturm

Ratsmitglieder SPD

Berges, Günter

SPD

Kramer, Harald

SPD

Vertretung für Herrn
Kurt Borner

Kühr, Rolf

SPD

Maurer, Holger

SPD

Ratsmitglieder FDP

Heringer, Reimund

FDP

Ratsmitglieder WfM

Alefelder, Stephan

WfM

Meier, Hans Lothar

WfM

Vertretung für Herrn
Ulrich Schneider

Sachkundige Bürger SPD

Beyer, Christoph

SPD

Sachkundige Bürger FDP

Beckmann, Dieter

FDP

Sachkundige Bürger UWG

Lauert, Dieter

UWG

Oehme, Klaus

UWG

Sachkundige Bürger WfM

Bielenberg, Jörn

WfM

Sachkundige Einwohner
Schröder, Walter

fraktionslos

Es fehlten:

Ratsmitglieder CDU
Sturm, Peter

CDU

Ratsmitglieder SPD
Borner, Kurt

SPD

Ratsmitglieder WfM
Schneider, Ulrich

WfM

von der Verwaltung

Herr Himmeröder
Herr Hombitzer
Frau Krüger
Herr Müller
Frau Neiss
Herr Schmereim

Gäste:

Herr Sundermeier, Firma Goldbeck
Herr Herhaus, Bergische Agentur für Kulturlandschaft BAK
Herr Kremer, CDU-Fraktion
Herr Wottrich, SPD-Fraktion

Der Vorsitzenden des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses ist verreist, daher vertritt ihn sein Stellvertreter Herr Rolf Kühn.

Herr Kühn eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Die Verwaltung bittet um die Aufnahme des Antrages der WfM-Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen 2011 somit wird Tagesordnungspunkt 4 um 4.2 ergänzt.

Öffentliche Sitzung:

| | | |
|----------|---|------------------------------------|
| 1 | PPP-Projekt Marienheide, Alternativlösung Turnhalle Jahnstraße | Drucksache Nr. BV/018/11 |
|----------|---|------------------------------------|

Herr Hombitzer gibt einen Einstieg in das Thema. Die Thematik wurde bereits in einigen Fraktionen erörtert. Aufgrund des aktuellen Handlungsbedarfs ist die Beratung im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss erforderlich, damit die Planung gegebenenfalls konkretisiert und die erforderliche Baugenehmigung gestellt werden kann. Er appelliert für ein positives Votum und weist darauf hin, dass der Ausschuss heute wichtige Weichen für den Rat der Gemeinde stellt.

Zu diesem Thema begrüßt der Ausschussvorsitzende Herrn Dr. Sundermeier von der Firma Goldbeck und bittet ihn das PPP Projekt Marienheide - Alternativlösung Turnhalle Jahnstraße vorzustellen. Zuerst stellt Dr. Sundermeier das ursprüngliche Konzept, die Sanierung der Turnhalle vor, indem er die einzelnen hierzu notwendigen Maßnahmen auflistet. Danach folgt als Alternativvorschlag der Firma Goldbeck, der Neubau einer Turnhalle. Er stellt die einzelnen Vorteile für die Sportnutzung, die Vereinsnutzung und die Nutzung als Versammlungsstätte dar und gibt einen ausführlichen Überblick über die Gesamtvorteile.

Nach sehr eingehender Beratung und Wortbeiträgen aus allen Fraktionen sowie Klärung diverser Fragen ist man der Auffassung anstatt der Hallensanierung einen Neubau zu errichten. Wichtig ist aber, dass eine Kostenneutralität erzielt wird.

| | |
|---|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| <p>Vorbehaltlich der im Sachverhalt benannten Voraussetzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Kostenneutralität von Abbruch und Neubau ● Akzeptanz der Nutzer ● keine Kostenerhöhung für Drittnutzer | |

- keine unakzeptablen Verzögerungen bei der zeitlichen Umsetzung des Projektes
- Klärung vertraglicher/vergaberechtlicher Gegebenheiten
- Abstimmung mit der Kommunalaufsicht

empfiehlt der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss die Errichtung eines neuen Bauwerkes anstatt der Sanierung der Turnhalle Jahnstraße.

| | | |
|----------|---|------------------------------------|
| 2 | Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf der Basis des Ökokontos; Sachstandsbericht | Drucksache Nr. BV/171/10 |
|----------|---|------------------------------------|

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Ausschussvorsitzende Herrn Herhaus von der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft (BAK).

Als Einstieg in den Tagesordnungspunkt erläutert Herr Hombitzer die Bedeutung des Ökokontos für Marienheide.

Herr Herhaus stellt anschließend detailliert die bisher umgesetzten Naturschutzmaßnahmen, Wupperquelle, Wiesenmahd Eulenbecke, Schmitzwipper vor. Er erläutert den aktuellen Stand des Ökokontos und gibt einen Ausblick in die Planung zukünftiger Naturschutzmaßnahmen.

| | |
|--|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft (BAK) sowie die durchgeführten und beabsichtigten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Ökokontos der Gemeinde Marienheide zustimmend zur Kenntnis. | |

| | | |
|----------|---|------------------------------------|
| 3 | Haushaltsplan 2011, Beratung der wesentlichsten Ausgaben des Fachbereiches III | Drucksache Nr. BV/010/11 |
|----------|---|------------------------------------|

Herr Hombitzer erläutert, dass in den Anlagen, die dem Ausschuss vorliegen nur die größten Ausgabepositionen bzw. die wichtigsten baulichen Dinge aufgeführt sind.

Trotz der äußerst prekären Haushaltssituation ist es unerlässlich, die bestehende Infrastruktur zu erhalten und dort wo eine zwingende Notwendigkeit besteht neue Investitionen zu tätigen.

Man kommt überein, die Haushaltsansätze der einzelnen Fachbereiche Seite für Seite abzuarbeiten. Es ergeben sich Fragen bei den folgenden Punkten:

Haushaltsansatz des Sachgebietes III – 61

Kostenstelle 10901 Untersuchung der Breitbandversorgung in Marienheide 40.000 €

Hier wird seitens des Ausschussmitgliedes Lauert berichtet, dass die Breitbandversorgung in Marienheide nicht zufriedenstellend ist. Durch neue Funknetzsysteme sei aber kurzfristig eine Verbesserung im Gemeindegebiet zu erwarten. Deswegen könne man nach derzeitigem Kenntnisstand auf die Mittelbereitstellung verzichten. Nach kurzer Diskussion beschließt der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss **einstimmig** bei **2 Gegenstimmen** hier einen Sperrvermerk einzurichten.

Haushaltsansatz des Sachgebietes III – 65

Kostenstelle 16001 Mietwohngebäude Kahlenbergstraße 19
Grundsanierung des Gebäudes Kostenschätzung ca. 143.000 €

Ausschussmitglied Hettich erkundigt sich danach, ob das Gebäude verkauft werden sollte. Herr Müller erläutert hierzu, dass das Haus zurzeit noch für Asylbewerber genutzt werde und Sanierungsbedarf bestehe. Beabsichtigt sei ein Umzug der Asylbewerber in das Unterkunftsgebäude Am Struckey 15. Sollte der Umzug vollzogen werden, könne auf eine Sanierung verzichtet und das Haus Kahlenbergstraße 19 verkauft werden.

Kostenstelle 17004 Friedhofshalle am Hermannsberg
Gesamtsanierung ca. 193.000 €

Hierzu wird durch Herrn Hombitzer erläutert, dass die Thematik in einer früheren Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses bereits entschieden worden sei. Es findet aber noch ein Gespräch mit den ortsansässigen Bestattern statt, in dem über eine Privatisierung der Halle diskutiert werden soll bzw. den Bestattern die Übernahme der Halle angeboten wird.

Kostenstelle 17002 Ölabscheider Bauhof Kostenschätzung 30.000 € bis 40.000 €

Es handelt sich um eine zusätzliche Investition, die in der vorgelegten Liste nicht enthalten ist. Herr Müller berichtet dem Ausschuss, dass bei der letzten Prüfung des Ölabscheiders am Bauhof erhebliche Mängel festgestellt wurden. Zur Zeit wird ein Sanierungsangebot ausgearbeitet. Hierüber wird in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses berichtet.

Haushaltsansatz des Sachgebietes III – 66

Kostenstelle 15000 Gemeindestraßen/Wege/Plätze/Brücken 110.000 €

Dieser Punkt ist auch Gegenstand des Antrages der WfM Fraktion. Nach sehr eingehender Diskussion und Wortbeiträgen aus allen Fraktionen fasst der Bau-, Pla-

nungs- und Umweltausschuss **einstimmig** den Beschluss, hier eine Verdoppelung der Mittel um 110.000 € auf 220.000 € vorzunehmen.

Kostenstelle 5.100053.700 (Investiv) Straßenausbau Kattwinkel/Am Busch 160.000 €

Ausschussmitglied Hettich erkundigt sich, ob die veranschlagte Summe auf die Anlieger umgelegt werden könne. Herr Hombitzer erläutert, dass eine Abrechnung der Straßenbaumaßnahme im Sinne von KAG nicht möglich sei. Im Vorfeld habe man aber vereinbart, dass die Interessengemeinschaft der dort Wohnenden sich mit 67.500 € an der Maßnahme finanziell beteiligt.

Investive Neuanmeldungen 2011:

Deckenmaßnahme Aufstufung Wirtschaftsweg Eberg 55.000 €

Aus dem Ausschuss wird die Frage gestellt, ob diese Kosten nicht von dem Investor getragen werden, der das Waldhotel ertüchtigt. Hierauf berichtet Herr Hombitzer, dass die Aufstufung des Wirtschaftsweges zur Gemeindestraße umfassende bauliche Maßnahmen erfordere. Die Erneuerung der Straßendecke stehe ohnehin im Rahmen von Unterhaltungsmaßnahmen an. Sie sei so defekt, dass unabhängig von dem Ausbau des Waldhotels Handlungsbedarf bestehe. Das Gesamtpaket sehe verschiedene Straßenbaumaßnahmen vor, die von den zuständigen Verkehrsbehörden gefordert worden seien. Der Ausbau des Einmündungsbereiches werde finanziell von der Flurbereinigung getragen. Die Anlegung von Ausweichbuchten sowie eines Gehweges trage der Investor ebenso wie den Umbau des Kreuzungsbereiches in Eberg zur Vermeidung des Durchgangsverkehrs zur Brucher Straße. Die eigentliche Deckensanierung sei aber ein Thema der Gemeinde.

Überquerungshilfe Klosterstraße 7.000 €

Die Maßnahme ist in der Liste, welche dem Ausschuss vorliegt, nicht enthalten. Herr Schmereim erläutert dem Ausschuss, dass verwaltungsseitig ein Antrag zur Anordnung eines Halteverbots beim Straßenverkehrsamt gestellt wurde. Mit Verfügung vom 01.02.2011 wurde diesem Antrag stattgegeben. Gleichzeitig wird jedoch auf die zu erwartenden höheren Geschwindigkeiten hingewiesen und zum Bau einer Überquerungshilfe geraten. Diese könnte für ca. 7000 € in Form einer Mittelinsel mit Überquerungshilfe im diskutierten Bereich realisiert werden.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss fasst **einstimmig** bei **1 Gegenstimme** den Beschluss, Mittel in Höhe von 7.000 € bereitzustellen.

Bau einer Salzlagerhalle 150.000 €

Dem Ausschuss wird seitens Herrn Schmereim berichtet, dass die Gemeinde Marienheide wie auch viele andere Kommunen, schon zwei Jahre im Winter keine Streusalznachlieferungen erhalten habe. Anfang Januar 2011 war die Gemeinde kurz davor die Verkehrssicherungspflicht wegen Streusalzmangel nicht erfüllen zu können oder teures Importsalz zum 4 bis 5-fachen Sommerbezugspreis einkaufen zu müssen. Um diese Schwierigkeiten durch Lieferengpässe im Winter zu umge-

hen, ist es ratsam das Lagervolumen zu erhöhen. Verwaltungsseitig ist angedacht, eine zusätzliche Salzhalle am Bauhof mit einem Fassungsvermögen von ca. 1.000 Tonnen und einem Kostenvolumen in Höhe von 150.000 € zu errichten. Neben der gestiegenen Sicherheit, den gesetzlichen Vorschriften im Winterdienst nachkommen zu können, liegt ein weiterer Vorteil darin, das Streusalz komplett zum günstigeren Sommerbezugspreis erwerben zu können. Deswegen lässt sich der Bau der Lagerhalle auch finanziell darstellen.

Zwischenzeitig hat es aber auch eine erste Kontaktaufnahme mit den Städten Gummersbach und Bergneustadt gegeben, um interkommunale Lösungen umzusetzen. Aus Gummersbach gibt es positive Rückläufe. Deswegen ist es denkbar eventuell mit geringeren Kosten eine Problemlösung herbeizuführen. Der Ausschuss wird hierüber zum gegebenen Zeitpunkt unterrichtet.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss fasst **einstimmig** den Beschluss, Mittel in Höhe von 150.000 € bereitzustellen.

| | |
|---|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die vorgeschlagenen und veränderten baulichen Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2011 zustimmend zur Kenntnis. | |

| | | |
|----------|--|----------------|
| 4 | Anträge und Stellungnahmen der Ratsfraktionen zu den Haushaltsplanberatungen 2011 | Drucksache Nr. |
|----------|--|----------------|

| | | |
|------------|--|------------------------------------|
| 4.1 | Anträge und Stellungnahmen der FDP-Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen 2011 | Drucksache Nr. AT/008/11 |
|------------|--|------------------------------------|

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 31.01.2011 vor, der mit der Einladung verschickt wurde.

In die Zuständigkeit des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses fallen die Punkte 2, 4 und 5 des Antrages. Die verwaltungsseitige Beantwortung der einzelnen Punkte wurde den Ausschussmitgliedern schriftlich vorgelegt. Die Ausführungen bzw. die vorgeschlagenen Verfahrensweisen finden die allgemeine Zustimmung des Ausschusses

| | |
|-----------------------|---------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: , |
| allgemeine Zustimmung | |

| | | |
|------------|--|------------------------------------|
| 4.2 | Anträge und Stellungnahmen der WfM-Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen 2011 | Drucksache Nr. AT/019/11 |
|------------|--|------------------------------------|

Der Antrag der WfM-Fraktion wurde vor der Sitzung versandt. In die Zuständigkeit des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses fallen die Punkte 1, 2 und 4 des Antrages. Die verwaltungsseitige Beantwortung dieser Punkte wurde den Ausschussmitgliedern schriftlich vorgelegt. Punkt 1 des Antrages wurde bereits in Tagesordnungspunkt 3 Haushaltsplan 2011, Beratung der wesentlichen Ausgaben des Fachbereiches III abgehandelt. Die weiteren Punkte, die in die Zuständigkeit des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses fallen werden diskutiert.

Zu Punkt 4 des Antrags fasst der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss **einstimmig** den Beschluss die Umänderung der vorhandenen wegweisenden Beschilderung von „Schulzentrum“ bzw. „Schul- und Sportzentrum“ in „Gesamtschule“ - vorbehaltlich der Zustimmung der zu beteiligenden Behörden – mitzutragen, wenn dieses kostenneutral abgewickelt werden kann.

| | | |
|----------|---|------------------------------------|
| 5 | Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils "Wernscheider Berg" gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 u. 3 BauGB; Durchführung eines erneuten Beteiligungsverfahrens in Form einer 3. öffentlichen Auslegung | Drucksache Nr. BV/014/11 |
|----------|---|------------------------------------|

| | |
|--|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| Für die Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils „Wernscheider Berg“ gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 u. 3 BauGB wird ein erneutes Beteiligungsverfahren in Form einer 3. öffentlichen Auslegung durchgeführt. | |

| | | |
|----------|--|------------------------------------|
| 6 | Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils "Kattwinkel" gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 u. 3 BauGB; Durchführung eines erneuten Beteiligungsverfahrens in Form einer 3. öffentlichen Auslegung | Drucksache Nr. BV/016/11 |
|----------|--|------------------------------------|

| | |
|---|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| Für die Satzung zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils „Kattwinkel“ gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 u. 3 BauGB wird ein erneutes Beteiligungsverfahren in Form einer 3. öffentlichen Auslegung durchgeführt. | |

| | | |
|----------|--|------------------------------------|
| 7 | Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 27 "Lingese Talsperre"; Durchführung einer 3. öffentlichen Auslegung § 3 Abs. 2 BauGB | Drucksache Nr. BV/012/11 |
|----------|--|------------------------------------|

| | |
|---|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| Für den Bebauungsplan Nr. 27 „Lingese Talsperre“ wird für die Dauer eines Monats die dritte öffentliche Auslegung durchgeführt. | |

| | | |
|----------|---|------------------------------------|
| 8 | 23. vereinfachte Änderung des Bebauungsplan Nr. 25 "Ortskern Marienheide"; a) Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB, b) Satzungsbeschluss | Drucksache Nr. BV/009/11 |
|----------|---|------------------------------------|

Hierzu fasst Herr Hombitzer den Sachverhalt zusammen. Die Träger öffentliche Belange wurden beteiligt. Es ergaben sich keine Anregungen und es bestanden keine Bedenken.

| | |
|--|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| <p>a) Da keine Anregungen während des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, erübrigt sich eine Beschlussfassung hierzu.</p> <p>b) Die 23. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 „Ortskern Marienheide“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW (GV NRW S. 666/SGV. NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist eine Begründung beigefügt.</p> | |

| | | |
|----------|--|------------------------------------|
| 9 | 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39 "Dannenberg"; a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 u. 2 BauGB, b) Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB | Drucksache Nr. BV/017/11 |
|----------|--|------------------------------------|

Nach Vortrag der Beschlussvorlage durch Herrn Hombitzer, in der er die Ziele der Änderung des Bebauungsplanes und die weitere Vorgehensweise erläutert, erfolgt keine Aussprache.

| | |
|---|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| <p>a) Über die während der Beteiligungsverfahren gem. § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird wie in der beigefügten Ausarbeitung dargelegt beraten und beschlossen.</p> <p>b) Die 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39 „Dannenberg“ wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.</p> | |

| | | |
|-----------|---|------------------------------------|
| 10 | <p>10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 48 "Gewerbegebiet Kalsbach/Kotthäuserhöhe"</p> <p>a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs.1 u. 2 und 4 Abs. 1 u. 2 BauGB</p> <p>b) Satzungsbeschluss</p> | Drucksache Nr. BV/152/10 |
|-----------|---|------------------------------------|

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt den Ausschussmitgliedern die Beschlussvorlage 152/10 vor.

Nunmehr ist das Verfahren soweit, dass ein Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

| | |
|--|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| <p>a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 und 2 sowie 4 Abs. 1 und 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt abgewägt und beschlossen.</p> <p>b) Die 10. Änderung Bebauungsplanes Nr. 48 „Gewerbegebiet Kalsbach/Kotthäuserhöhe“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB beigefügt.</p> | |

| | | |
|-----------|---|------------------------------------|
| 11 | 69. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 82 "Alte Bahnhofsfläche Holzwipper"; Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse | Drucksache Nr. BV/013/11 |
|-----------|---|------------------------------------|

Der Sachverhalt liegt dem Ausschuss vor. Das Planverfahren wurde kontrovers diskutiert. Die Investitionsabsicht fand keinerlei Akzeptanz in der Bevölkerung Holzwipper. Nunmehr verzichtet der Investor auf eine Firmenansiedlung. Dies hat zur Folge, dass der Aufstellungsbeschluss vom 11.03.2008 aufgehoben werden muss. Herr Hombitzer erläutert, dass der seit 1979 wirksame Flächennutzungsplan dort eine gewerbliche Bauflächendarstellung beinhalte, die der Grundstückseigentümer auch nutzen wolle. Man werde sich deswegen auch zukünftig mit einer Anschlussnutzung für die heutige Gewerbebranche zu befassen haben.

| | |
|---|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| Es wird beschlossen, die Aufstellungsbeschlüsse zur Durchführung der 69. Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 82 „Alte Bahnhofsfläche Holzwipper“ aufzuheben. | |

| | | |
|-----------|---|------------------------------------|
| 12 | Antrag der FDP-Fraktion auf Versetzung des Ortseingangsschildes in Müllenbach , Gervershagener Straße auf die Unnenberger Straße | Drucksache Nr. BV/011/11 |
|-----------|---|------------------------------------|

Herr Schmereim erörtert den Sachverhalt. Die FDP-Fraktion hatte die Versetzung der Ortstafel von der Gervershagener Straße auf die Unnenberger Straße beantragt. Das zuständige Straßenverkehrsamt konnte diesem Antrag nicht entsprechen, da die verkehrsrechtlichen Voraussetzungen für die Anordnung einer solchen Beschilderung fehlen.

| | |
|--|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der fehlenden Voraussetzungen dem Antrag der FDP – Fraktion nicht entsprochen werden kann. | |

| | | |
|-----------|---|------------------------------------|
| 13 | Antrag auf Änderung der Ortsdurchfahrt in Marienheide-Rodt | Drucksache Nr. BV/015/11 |
|-----------|---|------------------------------------|

Herr Hombitzer trägt vor, dass der Antrag zur Änderung der Ortsdurchfahrt Marienheide–Rodt bereits aus dem vorletzten Jahr stammt und bereits in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 04.02.2010 (BV 04/10) behandelt wurde. Die Angelegenheit wurde vertagt wegen eines parallel laufenden Antrages auf Änderung des Flächennutzungsplanes. Nunmehr ist aber die Verwaltung zur Klärung des weiteren Verfahrens an den Landesbetrieb Straßenbau NRW Regionalniederlassung Rhein-Berg herangetreten, der eine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, jedoch mit den Forderungen der Kostenübernahme von 188 m Rad- Gehweg und der Kosten für den Winterdienst bzw. den Unterhaltungsaufwand in Höhe von 850,- € / Jahr. Da es sich hier um eine klassische freiwillige Ausgabe handelt, ist aufgrund der prekären finanziellen Situation der Gemeinde Marienheide von diesem Antrag Abstand zu nehmen.

| | |
|---|--|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung, |
| Es wird beschlossen, die Ortsdurchfahrten Rodt und Stülinghausen in unveränderter Form beizubehalten. | |

| | | |
|-----------|---|------------------------------------|
| 14 | Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen für den öffentlichen Verkehr; Widmung eines Fußweges in Marienheide | Drucksache Nr. BV/004/11 |
|-----------|---|------------------------------------|

Nach Vortrag durch den Ausschussvorsitzenden gibt Ausschussmitglied Hettich zu Bedenken, dass sobald der Fußweg gewidmet wird, finanzielle Auswirkungen, wie Schneeräumen entstehen.

| | |
|---|-------------------------------------|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, |
| Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss beschließt gem. § 6 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen – in der z. Z. geltenden Fassung – die endgültig hergestellte Verkehrsfläche als öffentlichen Fußweg zu widmen. | |

| | | |
|-----------|--|----------------|
| 15 | Behandlung von Bauanträgen und Bauvoranfragen | Drucksache Nr. |
|-----------|--|----------------|

| | | |
|-------------|---|------------------------------------|
| 15.1 | Errichtung eines Gartengerätehauses auf dem Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 53, Flurstück 2433, Rehbergstr. 28, 51709 Marienheide | Drucksache Nr. BV/007/11 |
|-------------|---|------------------------------------|

Frau Krüger gibt dem Ausschuss die Sachverhaltsdarstellung der Beschlussvorlage kurz bekannt. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

| | |
|--|--|
| Beschluss: | Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung, |
| Das Einvernehmen gem. § 36 BauGB wird erteilt. | |

| | | |
|-----------|---------------------------------------|----------------|
| 16 | Mitteilungen und Verschiedenes | Drucksache Nr. |
|-----------|---------------------------------------|----------------|

16.1 Baumfällarbeiten an der Graf-Albert-Straße in Müllenbach

Hierzu erläutert Herr Hombitzer, dass die Baumfällaktion, die teilweise Unverständnis in der Bevölkerung ausgelöst hat, bereits schon früher im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss angesprochen wurde. Dieser ortsbildprägende Baumbestand ist ca. 100 Jahre alt. Kronensanierungen sind mehrfach durchgeführt worden, jedoch sind immer wieder Äste herausgebrochen. Jedes Jahr sollen zwei Bäume gefällt werden und eine Ersatzbepflanzung erfolgen. Ausschussmitglied Walter Schröder regt an, hierbei Bergahorn und Spitzahorn zu verwenden.

16.2 Bauleitplanungen der Stadt Gummersbach Einkaufszentrum Steinmüllergelände

Der Gemeinde Marienheide liegt ein Schreiben der Stadt Gummersbach vor, in der sie als Träger öffentlicher Belange bzgl. des Bebauungsplanes Nr. 264 und 116 Änderung des Flächennutzungsplanes als Nachbargemeinde beteiligt wird. Herr Hombitzer gibt zu Bedenken, dass einerseits durch die Ansiedlung eines Einkaufszentrums auf dem Steinmüllergelände der Einzelhandel in Marienheide geschwächt werden könnte, andererseits aber das Mittelzentrum Gummersbach gestärkt wird und dort auch ein Standortfaktor für andere Dienstleister geschaffen wird, wovon Marienheide letztendlich profitieren kann.

Aus dem Ausschuss werden keinerlei Bedenken vorgetragen. Deswegen wird sich die Gemeinde im Beteiligungsverfahren neutral verhalten und keine schriftliche Stellungnahme abgeben.

16.3 Straßenbeleuchtung

Das RWE ist zurzeit dabei, die Straßenbeleuchtung in den Straßen „Am Brandhagen“ und „Am Schlagbaum“ auf LED umzustellen. Diese sind somit die ersten Straßenzüge im Gebiet der Gemeinde mit dieser Technik. Die Beleuchtung der Straße „Am Schlagbaum“ ist schon komplett umgerüstet. In der Straße „Am Brandhagen“ fehlen noch einige Leuchten, diese sind jedoch bestellt. Die neue Technik bringt bei größerer Lichtausbeute eine Halbierung der Stromkosten von derzeit 50 Watt pro Leuchte.

16.4 Flutlicht Sportplatz

Herr Schmereim teilt dem Ausschuss mit, dass ein größerer Defekt an der Flutlichtanlage besteht, der zurzeit von der Firma Gerlach gesucht wird. Beim Betrieb der Flutlichtanlage handelt es sich um eine freiwillige Leistung, daher muss bei einem größeren Defekt eine Reparatur in Frage gestellt werden, zumal die Unterhaltung der Flutlichtanlage nach der Umsetzung der Modernisierung an den SSV Marienheide übergeht. Ausschussmitglied Alefelder wirft ein, dass es nicht sein kann und darf, dass die Aktivitäten eines Sportvereins unter Umständen lahm gelegt werden, weil die Reparatur einer Flutlichtanlage nicht erfolgen kann.

16.5 Einsturz Ringmauer

Hierzu berichtet Herr Schmereim, dass die Ringmauer am ehemaligen Pfarrheim auf einer Länge von ca. 20 m eingestürzt ist. Das Bauwerk ist insgesamt nicht mehr zu sanieren, ein Neubau wird erforderlich. Die Mauer stützt die angrenzende Fahrbahn der Gemeindestraße, gleichzeitig sind aber auch auf Seiten des Privatgrundstücks Abgrabungen unterhalb der Mauer – vermutlich seinerzeit beim Bau des Pfarrheims – vorgenommen worden. Problematisch wird die Zuordnung, wer für die Unterhaltung der Mauer zuständig ist. Unterlagen darüber existieren nicht. Mit dem neuen Eigentümer des Pfarrheims wurde zunächst vereinbart, die Grundstücksgrenzen feststellen zu lassen. Die für die Vermessung entstehenden Kosten werden dabei jeweils zur Hälfte getragen. Parallel dazu soll der Städte- und Gemeindebund um rechtliche Stellungnahme gebeten werden.

In den nächsten Sitzungen wird hierüber weiter berichtet.

16.6 Anschlussnutzungen VDK- und VdH- Erholungsheime

Ausschussmitglied Meier erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Hombitzer sieht in der derzeitigen Phase der Baumaßnahme VdH (Waldhotel Eberg) eine positive Entwicklung und für den Verkauf des VDK-Gebäudes ist ein Maklerauftrag erteilt worden.

16.7 Standort Lambachpumpe

Aus dem Ausschuss heraus wird die Frage nach dem Standort der Lambachpumpe gestellt. Herr Hombitzer teilt mit, dass Bürgermeister Töpfer und er wegen dieser Angelegenheit einen Termin bei der Firma ABUS haben. Man wolle sich für einen

Standort zwischen dem Firmenstandort ABUS und dem Kreisverkehrsplatz B 256 einsetzen.

16.8 Hangrutsch an der Bahnlinie Gummersbach Marienheide

Der sachkundige Bürger Bielenberg erkundigt sich, wann die Öffnung der Bahnlinie wieder zu erwarten ist. Herr Schmereim berichtet dazu, dass Ende Januar ein Besprechungstermin bei der Deutschen Bahn in Hagen stattgefunden hat, zu dem die Gemeinde als beteiligte Behörde geladen war. Man geht davon aus, dass die Bauarbeiten frühestens nach einem Zeitraum von drei Monaten abgeschlossen werden können.

16.9 Masten an der Bahnlinie

Walter Schröder berichtet, dass in Bezug auf die alten Telegrafmasten entlang der Bahnlinie die Untere Abfallbehörde eingeschaltet wurde. Der Verwaltung liegt aktuell jedoch ein Antrag vor, welcher den Denkmalschutz dieser historischen Bahnanlagen beinhaltet. Eine Prüfung seitens der Verwaltung wird zugesagt.

16.10 Verlängerung Stettiner Straße

Ausschussmitglied Beyer teilt mit, dass die Bauarbeiten zur Verlängerung der Stettiner Straße teilweise während der Frostperiode geleistet wurden. Er gibt zu Bedenken, ob darunter nicht die Qualität der Ausführung leidet. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

16.11 Renaturierung Wiefelsbach

Ausschussmitglied Beyer weist darauf hin, dass der Wiefelsbach seit geraumer Zeit wenig oder zum Teil kein Wasser führt. Seiner Ansicht nach ist der Missstand im oberen Bachlauf zu suchen. Verwaltungsseitig wird zugesagt, den Aggerverband als Gewässerunterhalter zu informieren.

stellv. Vorsitzende/r:

Rolf Kühr

Schriftführer/in:

Adelheid Neiss

Gesehen:

Uwe Töpfer
Bürgermeister